STADT AHRENSBURG - STV-Beschlussvorlage -		Vorlagen-Nummer 2015/022
öffentlich		
Datum 16.02.2015	Aktenzeichen St 1.1	Federführend: Frau Haebenbrock-Sommer

Betreff

Durchführung eines Oktoberfestes in den Jahren 2015 bis 2017 - Grundsatzbeschluss

Beratungsfolge Gremium Bildungs-, Kultur- u. Sportausschuss Stadtverordnetenversammlung	Datum 05.03.2015 23.03.2015	Berichterstatter Herr Schubbert-von Hobe		
Finanzielle Auswirkungen:		JA	X	NEIN
Mittel stehen zur Verfügung:		JA		NEIN
Produktsachkonto:				
Gesamtaufwand/-auszahlungen:				
Folgekosten:				
Bemerkung:				
Berichte gem. § 45 c Ziff. 2 der Gemeindeordnung zur Ausführung der Beschlüsse der Ausschüsse:				
X	Statusbericht an zuständigen Ausschuss			
	Abschlussbericht bis			
	Berichterstattung nicht erforderlich			

Beschlussvorschlag:

1. In Ahrensburg wird auf der im Sachverhalt beschriebenen Fläche in der Großen Straße in den Jahren 2015 bis 2017 ein Oktoberfest durchgeführt.
2. Die Durchführung des Oktoberfestes 2015 bis 2017 erfolgt auf der Grundlage einer Sondernutzungsgenehmigung an öffentlichen Straßen in der Stadt Ahrensburg. Der erste Tag (Aufbau) und der letzte Tag (Abbau), soweit sie eine Sondernutzung und damit Bestandteil der Erlaubnis sind, werden bei der Gebührenbemessung als ein Tag berücksichtigt.
3. Der Antrag der Firma EPM Concept Marktveranstaltungen GmbH wird entsprechend beschieden.

Sachverhalt:

Historie:

Die Firma EPM Concept Marktveranstaltungen GmbH (künftig EPM genannt) hat in den Jahren 2013 und 2014 bereits ein Oktoberfest im Bereich der Großen Straße (**siehe Anlage**) durchgeführt.

Die Durchführung erfolgte über eine Sondernutzungsgenehmigung gemäß **S a t z u n g** über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Stadt Ahrensburg vom 23.06.2000 in Verbindung mit der **G e b ü h r e n s a t z u n g** über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Stadt Ahrensburg vom 23.06.2000 in der Fassung der 2. Änderungssatzung vom 24.05.2011.

Gebühren laut oben genannter Satzung – gesamt 2013: **4.825 €**

(30.09./**2.10.** bis **06.10.**/07.10.2013)

Gebühren laut oben genannter Satzung – gesamt 2014: **5.875 €** (insb. wegen intensiverer Nutzung der Zeltfläche) (29.09./**01.10.** bis **05.10.**/06.10.2014)

Antrag:

Mit Schreiben vom 09.05.2014 hat EPM die Durchführung eines Oktoberfestes wie in für die Jahre 2015 bis 2017 beantragt und um eine Genehmigung bzw. vertragliche Vereinbarung als Planungssicherheit gebeten.

Inhaltliches Ausmaß ausgerichtet als Fest für die ganze Familie:

- 1 großes Festzelt (rd. 750 m²) mit Livemusik
- ca. 4 Schaustellereinrichtungen
- ca. 14 Imbiss-, Getränke und Speisestände
- ca. 7 sonstige Verkaufsstände

Verfahren/Genehmigung/Vergabe:

Die Durchführung von Festen dieser Art durch Dritte kann durch Sondernutzungsgenehmigungen oder auf Grundlage eines Kooperationsvertrages geregelt werden.

Die Sondernutzung ist gemäß Satzung zu gewähren, ohne dass eine Einflussmöglichkeit der Stadt auf die Form, den Inhalt bzw. Gegenleistung (Gewinnbeteiligung) besteht. Die ordnungsrechtlichen und verkehrsrechtlichen Auflagen werden durch gesonderte Bescheide festgesetzt. Es handelt sich hierbei nicht um Vergabe einer Dienstleistung.

In einem Kooperationsvertrag werden die Leistungen, Rechte und Pflichten beider Kooperationspartner festgeschrieben.

Die Vergabe der Durchführung eines Oktoberfestes in Form eines Kooperationsvertrages kann gemäß der geltenden Rechtsauffassung als Vergabe einer „Dienstleistungskonzession“ gewertet werden mit der Folge, dass die Vorgaben der VOL/A gemäß europäischem Vergaberecht keine Anwendung finden. Allerdings gilt auch für die Vergabe von Dienstleistungskonzessionen das Gebot der Transparenz. Zugunsten potenzieller Bieter ist ein angemessener Grad an Öffentlichkeit sicherzustellen (Grundsätze der Gleichbehandlung, Transparenz und Verhältnismäßigkeit).

Zu klären wäre, ob der Vergabeentscheidung ein Ausschreibungsverfahren vorangestellt sein muss.

Für die Erteilung einer Sondernutzungsgenehmigung für das Oktoberfest ist ein Auswahlverfahren nicht erforderlich.

Die Verwaltung empfiehlt die Durchführung des Oktoberfestes von 2015 bis 2017 auf Basis der Sondernutzungsgenehmigung. Die Sondernutzungsgebühren werden auf Basis der Gebührensatzung berechnet, wobei der erste Tag (Aufbau) und der letzte Tag (Abbau),

soweit sie eine Sondernutzung und damit Bestandteil der Erlaubnis sind, bei der Gebührenbemessung als ein Tag berücksichtigt werden.

Michael Sarach
Bürgermeister

Anlage: Lageplan